

Neueste Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis beträgt 10.00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis beträgt 5.00 Reichsmark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Die Abnahmebedingungen sind auf Seite 10 des Prospekts zu entnehmen. Die Druckerei: Druckerei-Verlagsgesellschaft Halle. Druck: Druckerei-Verlagsgesellschaft Halle. Druck: Druckerei-Verlagsgesellschaft Halle.

Neues in Kürze.

Drachmenden und Radiotelegramme.
Die Pariser Botschaft hat heute offiziell folgende Nachricht: Die Konferenz betreffend die deutsche Luftfahrt steht vor dem Abschluss, man erwartet, daß das Abkommen unmittelbar erfolgt. Die Abgabe der Luftfahrzeuge ist im wesentlichen abgeschlossen, das Abkommen ist sehr wahrscheinlich heute paraphiert worden.

Wie aus Regierungskreisen verlautet, hat Herr v. Hoehf für die Genfer Studienkommission des Völkerbundes den Auftrag, die Gleichberechtigung Deutschlands durch Zulassung der Teilnahme Deutschlands an den Abstimmungen herbeizuführen. Bekanntlich liegt bis jetzt keine verbindende Erklärung von den übrigen Mitgliedern der Völkerbundsstudienkommission vor, die Deutschland bei den Abstimmungen als außeracht des Völkerbundes stehende Macht ein Stimmrecht zubilligt.

Der deutsch-schwedische Handels- und Schiffsahrtsvertrag ist gestern von den Delegierten der beiden Länder paraphiert worden. Der Vertrag soll nach Genehmigung durch die beiden Regierungen demnächst in Berlin unterzeichnet werden.

Wie wir erfahren, ist gegen die neuen polnischen Requisitionen deutscher Güter eine neue Bittstellung der deutschen Regierung in Warschau erfolgt.

Die Ansuchen erregende Rede des volksparteilichen Abgeordneten Schwarmhant in Wiesbaden, die Deutsche Volkspartei sei auch in Preußen zum Eintritt in die Regierung bereit, findet hier bei den Sozialdemokraten (Genossen, Sozialdemokraten und Sozialisten) eine gewisse Aufnahme. Für die Sozialdemokraten lehnen Neuerungen prominenter Führer ab, im jetzigen Augenblick Koalitionsverhandlungen mit der Volkspartei in Preußen aufzunehmen. Maßgebend für die Haltung der Sozialdemokratie scheint zu sein, daß mit der jetzigen Regierungszusammensetzung in Preußen künftig die Auflösung des Landtags durchgeführt werden kann.

Die erhobte kommunalistische Bewegung im Reich findet außer in vermehrten Umzügen der „roten Rangkämpfer“ ihren Ausdruck darin, daß die „rote Front“ täglich wieder Versammlungen gegen die Passivität weiterer Arbeiterkreise und für die Wiederaufnahme einer Aktivität zur Erzielung einer Arbeiter- und Bauernrepublik Deutschlands veranfaßt.

Das politische Bureau der SPD. hat am Mittwoch den Beschluß gefaßt, zwei weitere Abgeordnete nämlich Holten und Becking, die beide rheinische Reichstagsmitglieder sind, als Kandidaten auszuschießen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß beide zusammen mit Swan Ras gegen die Zentrale, d. h. gegen die Weisungen des Selbstregierenden Komitees, gearbeitet hätten.

Wie lange werden eigentlich die Millionen deutscher Kommunisten die überflüssige Befehdung ihrer Führer durch Gewerkschaften und den bezahlten Verrat jeder eigenen Meinung noch mitmachen?

Der belgische Minister des Innern ist mit der Begründung zurückgetreten, daß der Ministerialrat in den Steuerangelegenheiten vor allem in der Frage des Steuerzuschlags keine Zuständigkeiten machen würde, durch die eine Verhinderung der Bemühen eingetreten wäre. Infolge des enormen Rückgangs des belgischen Finanz ist die Finanzlage geradezu verwerflich.

Auch der belgische Kolonialminister Carton hat sein Amt zurückgetreten eingereicht.

Die italienische Regierung hat einige Vorläufige zum Anlaß genommen, durch eine neue Verordnung die polizeilichen Vorschriften über die Anfertigung von photographischen Aufnahmen durch Reisende in Italien zu verschärfen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Befehl erteilt, daß sich ein Kreuzer nach Westindien in Nicaragua begeben, um die amerikanischen Interessen dort zu schützen, da der Kongreß von Nicaragua den Kriegszustand verkündet hat.

Nach einer Mitteilung aus Berlin sollen sich Zdenek-John und Wapara über die Wahl von Kiangshih, eines erzkatholischen Vorkämpfers, zum Ministerpräsidenten verständigt haben. Kiangshih ist natürlich, wie seine Amtsgenossen, englandfreundlich und rassenfeindlich.

Abflauen des englischen Generalstreiks.

Der holländische „Courant“ meldet aus London: Die ersten Abbröckelungen des Generalstreiks sind deutlich wahrzunehmen. Der Regierung ist es gelungen, fünf Bauarbeiten für den schiffplanmäßigen Verkehr der Macht des Streikkomitees zu entfernen. Der Verkehr wird unter militärischen Schutz fortgeführt; etwa 35 Proz. des auf diesen Straßen tätigen Personals hat sich zur Weiterarbeit gemeldet.

In London verrichtet auf den sogenannten weißen Autobuslinien das Personal der stillgelegten Autobusgesellschaft weiter ihren Dienst. In den englischen Kriegsschiffen und auch im Hafen Whitby wird weitergearbeitet. Am Dienstag sind in holländischen Häfen noch fast 60 Proz. der schiffplanmäßigen Schiffe aus England hinaus eingelaufen.

Die Pariser Blätter melden, daß die Streikenden durch die Regierungen offenlindungen über die kommunalistische Umwälzungsbewegung sich nicht viel Kampferfolg verloren haben. Dem Pariser Journal zufolge läßt der bisherige Verlauf des Generalstreiks, den wohl 60 Proz. der englischen Arbeiterschaft zur Gewonung mitmacht, kaum eine über acht Tage gehende Dauer als wahrscheinlich zu.

Im englischen Unterhaus
betonte der Ministerpräsident, der Generalstreik sei eine Herausforderung des Parlamentes und ein Weg zur Anarchie und zum Ruin. Er sei nicht bereit, sei ein Fortschritt möglich. Wachen und andere geeignete Arbeitervorkehrungen für die Vermittlung etc. Demnächst hatte noch in der Nacht eine Konferenz mit Baldwin. Auch Lloyd George sucht zu vermitteln.

Streitkräfte der deutschen freien Gewerkschaften.

In einer gemeinsamen Konferenz des Bundes der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, des Bergarbeiterverbandes, des Einzelverbandes der Eisenbahner Deutschlands und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes in Berlin wurde einstimmig beschlossen,

einzelne bessere Zusammenarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Die Flaggenverordnung in Kraft getreten.

Halsbärtlich wird mitgeteilt: Durch eine gestern vom Herrn Reichspräsidenten vollzogene Verordnung ist in Ergänzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 bestimmt worden, daß die geltendgemachten und sonstigen Befehden des Reiches an außer-europäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelschiffen angefahren werden, künftig neben der Dienstflagge der Reichsbehörden zur Lande (Schwarz-Rot-Gold mit dem Reichsadler) auch die verfassungsmäßige Handelsflagge führen. Gleichzeitig ist die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, um eine stärkere Betonung der Reichscharaktere zu erzielen, durch eine schwarzrotgoldene Wölkung nach der Art der Handelsflagge ergänzt worden.

Die vorstehend getennzeichnete Verordnung hat keinerlei politische, sondern nur eine praktische Bedeutung. Sie schränkt die Verwendung der Reichsflaggen bei den Auslandsbehörden nicht ein, bringt sie vielmehr durch die Einführung der schwarzrotgoldenen Wölkung in die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See verstärkt zur Anwendung. Die Verordnung ist veranlaßt worden durch den Umstand, daß nach den übereinstimmenden Beschlüssen der in Frage kommenden deutschen Auslandsstellen die bestehende Verlegenheit in den Flaggen der deutschen Handelschiffe und der amtlichen Reichsperzeptionen als unzureichend empfunden wird. Sowohl von amtlichen wie von privaten Kreisen wird es als geboten bezeichnet, diese Verlegenheit, die zu vielen Mißverständnissen und Unzutunlichkeiten geführt hat, zu beseitigen. Diesen Ausgleich soll die Verordnung in erster Linie erreichen.

Ferner soll die Verordnung dazu beitragen, die verständnisvolle Zusammenarbeit der Auslandsstellen mit den amtlichen Vertretungen des Reiches im Auslande, namentlich in Uebersee zu fördern. Hier sind wegen dieser Flaggenverordnung vielfach Gegenstände aufgetreten, die den Interessen des Reiches und dem Ansehen des Deutschen im Auslande abträglich sind. In dieser Beziehung soll die Verordnung eine Brücke bilden zu einer besseren Verständigung und zu

durch die beteiligten Organisationen die Kohlenförderung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu ermöglichen, sowie die Konzentration deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibe. Die beteiligten Organisationen haben bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes beschließen, unter allen Umständen die Weisung von Uebersehungen zu verweigern.

Die Kommunisten fordern den Sympathiestreik.
Der Sekretariat der deutschen kommunistischen Partei hat gestern den allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund ein Schreiben überreicht, in dem gefordert wird, daß auch die deutschen Kohlen- und Transportarbeiter sofort unter gewerkschaftlicher Führung in einen Sympathiestreik eintreten sollen. Ferner wird verlangt, daß jede Ausfuhr deutscher Kohle nach England verhindert wird.

Die beiden Internationalen.

Auch in anderen Ländern, besonders in Frankreich, sowie in Oesterreich, Südafrika, Indien, Kanada, Australien, Mexiko ist die sozialistische und kommunistische Internationale eifrig an der Arbeit, um eine Unterfütterung des englischen Generalstreiks herbeizuführen. Der Zentralrat der kommunistischen Gewerkschaften fordert seine Mitglieder auf, 1/2 eines Tageslohn an die englischen Streikenden abzugeben und will 250 000 Rubel als Vorkapital übermitteln.

Italien und Spanien hatten sich dem englischen Streik fern. Interessant ist, daß auch der Streik der vereinigten amerikanischen Bergarbeiter erklärte, unmittelfähigen Schritte zur Unterfütterung der englischen Streikenden seien nicht in Aussicht genommen.

Die norwegische Schiffsahrt hat größere Kohlenaufträge nach Pommern-Oberpommern vergeben. Wesentlich sind 170 000 Tonnen Kohle über Danzig erwalet.

Nach Meldungen aus Hamburg sind dort englische Besatzkräfte eingetroffen, um deutsche Arbeitskräfte für England anzuwerben.

Gegen die Flaggenverordnung.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgenden Beschluß gefaßt: Die Zentrumsfraktion des Reichstages beharrt bei der Ablehnung der in der Flaggenverordnung und lehnt jede Verantwortlichkeit für politische Folgen ab.

Die demokratische Fraktion faßte folgenden Beschluß: Die Fraktion ist mit der Verordnung zur Flaggenfrage nicht einverstanden. Der Beschluß wurde sofort den anderen Regierungsparteien mitgeteilt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, zur Flaggenfrage eine Interpellation einzubringen, und zwar in der Form, daß bei der Regierung angefragt wird, ob die betreffende Verordnung erlassen sei und daß zum Schluß erklärt wird, daß der Reichstag sie mißbilligt.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete in Berlin auf dem Genbrinnenmarkt eine Protestversammlung, an der etwa 10 000 Menschen teilnahmen Abgeordnete der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums hielten Ansprachen. Die Rede wurde nicht geführt.

Neue Regierungskrisis in Polen.

Der polnische Ministerpräsident Graf Szynalski hat gestern nachmittag dem Präsidenten der Republik erneut den Rücktritt des Gesamtministeriums unterbreitet. Der Präsident hat die Demission angenommen.

Wozu sind die Schulen da?

Brief eines Deutschen aus Spanien.

Ein Freund und Vater unserer Zeitung schreibt aus Spanien mit der Bitte um Veröffentlichung den nachstehenden Brief, der uns in seiner Sprache und Übersetzung als Beitrag zur für alle Eltern und alle Kinder gleich wichtigen Frage der besten Erziehung im Jugendalter nicht uninteressant scheint. Allerdings schreibt er das Zitierte durchaus nicht und ist auch keineswegs frei von bedeutenden Einseitigkeiten, lo daß er mehr nur als Anregung zum Nachdenken zu verstehen ist. Die Schriftleitung.

Die tüchtige Kritik in Ihrer Zeitung, daß in Übung nur tatsächlich die erste der neuen Volksschulzweckbestimmungen erfüllt wird (ist in Deutschland gesehen). D. Schriftl. hat hier im wesentlichen — Aus eine höchst bewegte Debatte ausgelöst.

Ueber die neuen Akademien selbst herrschte die größte Einmütigkeit. Man erklärte fast kategorisch:

„Inlandsbesuchen scheinen immer weisender und aufbender zu werden. Was ist das für eine unnütze Idee, den Dorfbildern des ABC und Einmaleins von gelehrten Herren beibringen zu lassen, die durch den ganzen abstrakten Wut von Wissensstoff, der bis zum Abiturientenexamen in die Gehirne der deutschen Jünglinge hineingepumpt wird, die natürliche Frische der Anschauung und des Empfindens, den Sinn für das volkstümliche Schöne und geistliche, wertvolle in den weitaus meisten Fällen verloren haben! Und dann sollen diese schon „von des Gebanens Wäße angegriffenen“ noch zwei Jahre hurbieren, also noch mehr als Wissen und Bestehen angefaßt, noch mehr der höchsten Natürlichkeit entfremdet und schließlich auf die stillen Dörfer losgelassen werden, wo sie, unter dem einseitigen Bandvoll vereinnahmt, sich nie im Leben wohlfühlen und ihre Vereinnahmung, Verdrängung und Stillschaltung unwillkürlich auf die Kinder der buren Schöben übertragen werden!“

Außerdem scheint man in Deutschland allen Steuer- und Damesachen zum Trost im Gese geradezu zu schwimmen. Denn das ist doch klar, daß genügend Bewerber für die neue, sozial innere Unterfütterung unermüdlich madende Volksschulzweckbestimmung zu haben sind, wenn sie eine wertvolle höhere Bezeichnung als die jetzige zu erwarten haben. Wozu soll ich so lange warten, wenn erst die Rollen des volkstümlichen Schulfachlehrers und dann der zwei Jahre Studium machen, wenn er nur das Gehalt eines mittleren Beamten mit wertvoller frischer und billigerer, auch weniger mühsamer Fortbildung erhält? Wenn er schon überhaupt soviel Geld und Zeit für Abitur und zwei Jahre Studium aufwenden kann und aufwenden, dann studiert er doch viel besser noch etwas länger und wird dann Dozent, Lehrer, Ingenieur oder als Volksschulzweckbestimmung ebenjodeln verdienen kann.“

So viel Wissen nicht alle unsere weiteren Gründe gegen die Keuerung anzuhören (dena die meisten Eie in Deutschland doch schließlich ebenjodeln wissen wie wir) und muß nur sagen: man schüttelt einhellig den Kopf über dieses moderne Experiment der preußischen Staats- und Lehrerschaft. Dann ging die Debatte auf andere Fragen des Unterrichts über, und das Ergebnis wird Sie interessieren. Man stellt fest, daß die Inlandsbesuchen über Zweck und Ziele der Schule sehr einseitig und mitunter geradezu absonderliche Auffassungen haben, die von denen aller anderen Völker abweichen. Hier Auslandsbesuchen haben ja doch wohl etwas mehr Ueberblick über das, was andere Völker mit ihrem Schulunterricht bezwecken und erreichen und erleben es beinahe allgütlich, wie sehr die jungen Leute anderer Nationen durch ihre Frische der Auffassung, ihre Sicherheit des Selbstbewusstseins, ihre unverkürzte Entschlossenheit und Willenskraft unferen deutschen jungen Leuten zunächst überlegen sind. Gewiß ist ein gründliches Schulwissen an sich kein Maßstab und gewiß sind im Endergebnis mit Deutschen den anderen Nationen durchaus gewachsen, aber das ist keineswegs so sehr ein Verdienst des deutschen Schulunterrichts, wie man immer glaubt. Der Deutsche — das merzt man in der geschichtlichen Beiläufigkeit aller der jungen Leute ganz deutlich — ist gründlicher, zäher, unermüdlicher, treibamer als die anderen, und das läßt uns schließlich sogar über die besten Eigenschaften denken, die wir keineswegs etwa der Schule und dem vielen Wissen.

Im Gegenteil: mit weniger totem Wissen, mit weniger von gelehrten Zweifeln geträumtem Gehirn würde der junge Deutsche es viel leichter haben, würde sicherer und schneller aufsteigen und

